

EFD

GENERALSEKRETARIAT EFD (GS-EFD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die Förderung von E-Government: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 vom Ergebnis einer Konsultation bei Bund und Kantonen zu den Varianten zur Weiterentwicklung der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) Kenntnis nehmen und den Auftrag erteilen, eine Vernehmlassungsvorlage zu den für die bevorzugte Variante notwendigen Verfassungsgrundlagen zu schaffen. Es wird zu entscheiden sein, ob eine von Bund und Kantonen gemeinsam getragene Organisation mit Rechtsetzungskompetenz geschaffen werden soll oder ob dem Bund neue Rechtsetzungskompetenzen zugewiesen werden sollen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bundesgesetz über die Förderung von E-Government: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird – gestützt auf den Variantenentscheid im ersten Halbjahr 2023 – in der zweiten Jahreshälfte die Vernehmlassung über eine Verfassungsgrundlage für die Weiterentwicklung der E-Government-Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen eröffnen. Diese kann je nach dem getroffenen Variantenentscheid vorsehen, dass Bund und Kantone eine gemeinsam getragene Organisation mit Rechtsetzungskompetenz schaffen oder dem Bund neue Rechtssetzungskompetenzen zuweisen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Verordnung über die Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen eröffnen. Die Meldepflicht soll es dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) ermöglichen, eine verbesserte Übersicht über Cyberangriffe in der Schweiz zu gewinnen, Betroffene bei der Bewältigung von Cyberangriffen zu unterstützen und alle anderen Betreiberinnen kritischer Infrastrukturen zu warnen.

Soll-Termin: 30.06.2023

Optimierung der Strukturen des Bundes im Bereich der Cyberrisiken: Beschluss / Umsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die im Jahr 2022 getroffenen Optimierungsmaßnahmen zu den Strukturen des Bundes im Bereich der Cyberrisiken umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen» (in Erfüllung des Po. Bellaiche 20.4594): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Ethisches Hacking institutionalisieren und Cybersicherheit erhöhen» in Erfüllung des Postulats Bellaiche 20.4594 gutheissen. Der Bericht soll erläutern, inwiefern der Bund mittels Richtlinien zur Offenlegung von Sicherheitslücken und mittels öffentlicher Schwachstellenanalysen (Bug Bounty Programme) bei Staats- und staatsnahen Betrieben zur Erhöhung der Cybersicherheit beitragen kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS):

Planmässige Umsetzung oder entsprechende Initialisierung der für 2023 geplanten Umsetzungsvorhaben

Zur wirksamen Entfaltung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 sind die geplanten Massnahmen entsprechend umzusetzen.

Die für 2023 geplanten Umsetzungsvorhaben der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS) wurden planmässig umgesetzt oder entsprechend initialisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS):

Planmässige Umsetzung der für 2023 spezifisch für die Bundesverwaltung geplanten Umsetzungsvorhaben

Die für 2023 geplanten Umsetzungsvorhaben der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023 (NCS) spezifisch für die Bundesverwaltung wurden planmässig umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 einen Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern gutheissen. Der Bericht ist eine Synthese der Berichte zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen, des Berichts in Erfüllung des Postulats Bertschy 17.3884 sowie allenfalls des Berichts in Erfüllung des Postulats Würth 20.4257, fallweise ergänzt um qualitative Aussagen zu weiteren Politikfeldern.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Demografischer Wandel und Zusammenhalt der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Würth 20.4257): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Würth 20.4257 betreffend den demografischen Wandel und den Zusammenhalt der Schweiz gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Ausgleichs- und Transfersysteme analysieren und aufzeigen, mit welchen Massnahmen eine ausgewogenere Entwicklung des Landes begünstigt werden kann.

Soll-Termin: 30.06.2023

Überprüfung der Aufteilung der Aufgaben und der Finanzierungsverantwortung zwischen dem Bund und den Kantonen (Projekt Aufgabenteilung II): Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 über das weitere Vorgehen betreffend «Aufgabenteilung II» entscheiden. Der Bundesrat hat das Projekt am 19. März 2021 sistiert. Sollte eine Wiederaufnahme beschlossen werden, wird der Bundesrat ein neues Mandat beschliessen, das u.a. auch die im Fokus stehenden Aufgabenbereiche festlegen wird.

Soll-Termin: 30.06.2023

Bericht «Langfristiges Management der gebundenen Ausgaben» (in Erfüllung des Po. FK-N 21.4337): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats FK-N 21.4337 betreffend das langfristige Management von gebundenen Ausgaben gutheissen. Der Bericht wird namentlich aufzeigen, wie sich die gebundenen Ausgaben entwickelt haben und wie ihr Anteil reduziert werden könnte.

Soll-Termin: 31.12.2023

Änderung des Bundesgesetzes über den Fonds zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (BIFG) und des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur nachhaltigen Finanzierung der SBB verabschieden (Änderung BIF-Gesetz und SBB-Gesetz). Die Vorlage dient zum einen dem Ausgleich der Covid-bedingten Ertragsausfälle der SBB im Fernverkehr, zum andern der Klarstellung, unter welchen Voraussetzungen die SBB Tresoreriedarlehen des Bundes erhalten kann.

Soll-Termin: 30.06.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Programmziele SUPERB per 31.12.2023 erreicht

Umsetzung Cluster Finanzen SUPERB (Finanzen, Analytics, Stammdaten) gemäss Planung (anstehender Technologiewechsel).

Die Umsetzung der Projekte Finanzen, Analytics und Stammdaten erfolgt entlang deren Umsetzungsaufträgen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Umsetzung Migration auf die S/4 HANA-Plattform im Q3/2023

Überführung des heutigen System (P07) auf das neue S/4. Dabei werden notwendige Anpassungen sowie erste Innovationen und Innovationsvorbereitungen für den Ausbau auf den Zielkernel vorgenommen.

Soll-Termin: 30.09.2023

Datenplattform EFV: Plattform für Kennzahlen Bund und Finanzstatistik in Betrieb

Die Plattform für die Bereitstellung der finanzpolitischen Kennzahlen und Daten zum Bundeshaushalt (heute Datencenter), die Daten der Finanzstatistik und weitere finanzpolitische Daten der EFV (Finanzausgleich, Subventionen, etc.) sollen künftig auf einer gemeinsamen technischen Plattform publiziert werden.

In einem ersten Schritt muss das heutige Datencenter für die Publikation der finanzpolitischen Kennzahlen Bund abgelöst werden. Ebenfalls bis 2023 sollen die Daten der Finanzstatistik auf der neuen Plattform publiziert werden können.

Soll-Termin: 31.12.2023

Weiterentwicklung des Neuen Führungsmodells des Bundes: Umsetzung Ergebnisse Evaluation NFB

Im Verlauf des Jahres 2022 wird der Bericht des Bundesrates zur Evaluation des Neuen Führungsmodells des Bundes in den Finanzkommissionen und im Parlament beraten. Allfällige Änderungswünsche aus dieser Beratung werden im Jahr 2023 umzusetzen sein.

Änderungen, die ohne Gesetzesänderung (z.B. im Budget) umgesetzt werden können, sollen mit dem VA 2024 umgesetzt werden (per Mitte 2023). Falls Gesetzesänderungen erforderlich werden, ist zu prüfen, ob dafür eine eigene Vorlage in die Wege zu leiten ist, oder ob andere Umsetzungsmöglichkeiten bestehen.

Soll-Termin: 31.12.2023

ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE (ZAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Electronic Exchange of Social Security Information (EESSI), Vierte und letzte Etappe der Umsetzung der Verordnung (EG) 883/2004 (Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit): Abschluss der Realisierungsphase

Für die EU-Mitgliedsstaaten gelten seit dem 1. Mai 2010 die neuen Gemeinschaftsverordnungen zur Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit. Die Schweiz wendet diese Verordnungen seit dem 1. April 2012 im Rahmen des Anhangs II des Personenfreizügigkeitsabkommens und seit dem 1. Januar 2016 im Rahmen der Beziehungen mit den EFTA-Mitgliedern an. Gemäss diesen Verordnungen müssen Papierformulare durch ein elektronisches Datenaustauschsystem zwischen den Sozialversicherungsträgern (EESSI) ersetzt werden. Das damit verbundene Projekt, das sich nach der mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) vereinbarten Agenda richtet, hat zum Ziel, den Datenaustausch mit unseren EU/EFTA-Partnern auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zu ermöglichen. Es handelt sich dabei um ein Grossprojekt, das die Anbindung an das EESSI-System sowie die notwendigen Anpassungen des IT-Systems der ZAS umfasst. Die Schnittstelle muss eine Vielzahl von verschiedenartigen Datenströmen bewältigen und eine hochkomplexe Fachlogik einbetten. Die Realisierungsphase wird 2023 abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Versichertenportal eCdC, Implementierung eines sicheren Webportals (basierend auf der EFD-Portal-Lösung), um Online-Dienste anzubieten: Ende der Realisierungsphase

Ziel dieses Projekts ist es, den Versicherten der Schweizerischen Ausgleichskasse ein Webportal mit Online-Diensten, insbesondere für den Zugriff auf ihr Konto und dessen Verwaltung, zur Verfügung zu stellen. Die bereitgestellten Dienste richten sich nach den in einer Zufriedenheitsumfrage ermittelten Bedürfnissen der Versicherten und tragen den neuen Kommunikations- und Interaktionsformen Rechnung. Unterteilung des Projekts in 3 funktionale Lose (FZ, dann AHV, dann IV). Die Realisierungsphase kann erst abgeschlossen werden, wenn alle 3 "Unterphasen" der Realisierung abgeschlossen sind.

Soll-Termin: 31.12.2023

UPI | eCH-V2, Harmonisierung von Sonderzeichen in amtlichen Registern: Ende der Realisierungsphase

Ziel dieses Projekts ist es, dass die Namen von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die Sonderzeichen enthalten (Norm ISO 8859-1 + Lateinisch, erweitert-A), in die amtlichen Register eingetragen werden können.

Die Änderungen müssen 2023 zur Verfügung gestellt werden.

Soll-Termin: 30.11.2023

MOSAR, Modernisierung des elektronischen Austauschs zwischen den AHV-Ausgleichskassen und dem Versichertenregister, Verbesserung Datenqualität und Geschäftsprozesse sowie neue Dienstleistungen für die Versicherten: Ende der Initialisierungsphase

Ziel dieses Projekts ist es, den elektronischen Austausch zwischen den AHV Ausgleichskassen und dem Versichertenregister zu modernisieren. Dabei geht es insbesondere darum, die Qualität der von den Ausgleichskassen an die Register gelieferten Daten zu verbessern, die Geschäftsprozesse effizienter zu gestalten und den Versicherten neue Dienstleistungen anzubieten (Modernisierung von InfoRegister). Es wird festgelegt, welche Lösung implementiert werden soll.

Soll-Termin: 31.12.2023

Digitalisierung EO, Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen mit allen Partnern: In der Konzeptionsphase

Ziel dieses Projekts ist die Errichtung eines automatisierten Verfahrens zur Bearbeitung der Erwerbsausfallentschädigungen (EO) mit allen beteiligten Partnern. Das Projekt ist Teil des BSV-Programms EO-Digitalisierung.

Im Anschluss an die Freigabe des Projekts und die Variantenwahl kann die Konzeptphase beginnen.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT (SWISSMINT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Flächenoptimierung Münzstätte: Optimierung abgeschlossen

Kostensenkungsmassnahme durch Reduktion der Mietfläche
Bauliche Massnahmen umgesetzt und Umzug abgeschlossen

Soll-Termin: 31.12.2023

STAATSSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN (SIF)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Finanzdienstleistungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird 2023 ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich im Bereich Finanzdienstleistungen genehmigen. Die Genehmigung erlaubt die Unterzeichnung des Abkommens und die anschliessende Aufnahme der Arbeiten zur Ratifikation des Abkommens. Das Abkommen soll den grenzüberschreitenden Marktzugang für eine breite Palette an Finanzdienstleistungen ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revidierte Eigenmittelverordnung zur Umsetzung von Basel III final: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die revidierte Eigenmittelverordnung zur Umsetzung von Basel III final gutheissen. Basel III ist ein umfassendes Reformpaket des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) zur Stärkung der Solvenz und Liquidität im Bankensektor. Als Mitglied des BCBS wird die Schweiz den internationalen Basel-Standard im Jahr 2024 für alle Banken in der Schweiz verbindlich umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Schweizer Beitrag an den neuen IWF-Treuhandfonds für Resilienz und Nachhaltigkeit (RST):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird, je nach Entwicklung der laufenden Diskussionen im Internationalen Währungsfonds (IWF), im ersten Halbjahr 2023 eine Botschaft zum Schweizer Beitrag an den neuen IWF-Treuhandfonds für Resilienz und Nachhaltigkeit (RST) verabschieden. Der Beitrag (insbesondere Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer bei Klimatransition und -transformation) wäre 2023 aufzugleisen. Der RST kann über die Umverteilung der erhaltenen Sonderziehungsrechte (SZR) finanziert werden (von 460 Mrd. SZR gingen ca. 5,5 Mrd. SZR an die Schweiz) bzw. über Darlehen und Beiträge.

Soll-Termin: 30.06.2023

Erhöhung der Neuen Kreditvereinbarungen des IWF (NKV): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird, je nach Entwicklung der laufenden Diskussionen im Internationalen Währungsfonds (IWF), im zweiten Halbjahr 2023 eine Botschaft zu einer Erhöhung der Neuen Kreditvereinbarungen des IWF (NKV) verabschieden. Sollten die IWF-Mitglieder aufgrund der Entwicklungen in Weltwirtschaft und Finanzsystem eine Erhöhung der NKV beschliessen, wäre für ein reguläres Verfahren eine Botschaft für die NKV-Erhöhung und -Verlängerung auszuarbeiten. Wird eine reguläre Verlängerung der NKV ohne grössere materielle bzw. finanzielle Anpassungen beschlossen, dann wäre der Entscheid des Bundesrates über die weitere Teilnahme der Schweiz im zweiten Halbjahr 2024 zu treffen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Anpassung oder Erweiterung der internationalen und nationalen Rechtsgrundlagen über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung über eine Anpassung oder eine Erweiterung der internationalen und nationalen Rechtsgrundlagen über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen eröffnen. Damit werden Änderungen an internationalen Standards wie die Ausdehnung des AIA-Standards auf virtuelle Vermögenswerte und weitere Anpassungen im Schweizer Recht nachvollzogen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Genehmigung der Protokolle zur Änderung des AIA-Abkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der besonderen Verwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China, zwischen der Schweiz und Singapur sowie zwischen der Schweiz und der EU: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung über die Genehmigung der Protokolle zur Änderung des AIA-Abkommens zwischen dem Bundesrat und der Regierung der besonderen Verwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China, zwischen der Schweiz und Singapur sowie zwischen der Schweiz und der EU eröffnen. Damit werden Anpassungen am AIA-Standard mit diesen Jurisdiktionen nachvollzogen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Anpassung der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (ALBA-Vereinbarung) und des Bundesgesetzes über den automatischen Austausch länderbezogener Berichte (ALBAG): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Anpassung der Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (ALBA-Vereinbarung) und des Bundesgesetzes über den automatischen Austausch länderbezogener Berichte (ALBAG) eröffnen. Damit werden Anpassungen am ALBA-Standard im Schweizer Recht nachvollzogen. Wie diese Standardänderung im Detail aussehen wird, ist weiterhin offen. Die Revisionsarbeiten der OECD sind noch nicht abgeschlossen. Die Änderungen dürften die Kriterien für die Einreichpflicht und den Inhalt des länderbezogenen Berichts betreffen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Einführung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit weiteren Partnerstaaten per 2024/2025: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die Botschaft zur Einführung des AIA mit weiteren Partnerstaaten per 2024/2025 verabschieden. Es handelt sich um eine Erweiterung des AIA-Netzwerks der Schweiz auf weitere Partnerstaaten per 2024/2025 gemäss Standard.

Soll-Termin: 30.06.2023

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance: Beschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 weitere Massnahmen zur Verbesserung der Standortqualität für Digital Finance auf Grundlage der Auslegeordnung von 2022 genehmigen und das weitere Vorgehen festlegen. Durch eine einfache und rechtssichere Nutzung digitaler Technologien sowie eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Finanzdienstleistern, Technologieanbietern und weiteren Akteuren soll die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Finanzplatzes gestärkt werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Globale Spitzenposition für Sustainable Finance: Beschluss

Die Position der Schweiz als führender nachhaltiger Finanzstandort soll gefestigt werden. Zu diesem Zweck nimmt die Schweiz Einfluss auf die relevanten internationalen Arbeiten, inkl. in der G20 und im Internationalen Währungsfonds (IWF). Auf der Grundlage einer Information zum Stand der Entwicklungen, insbesondere bezüglich Arbeiten zu Transparenz in den Bereichen Klima und Biodiversität, wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 das weitere Vorgehen, einschliesslich zu Massnahmen zur Stärkung der Schweizer Position als nachhaltiger Finanzstandort, festlegen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision der Aufsichtsverordnung (AVO): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 die revidierte Aufsichtsverordnung (AVO) gutheissen. Die Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) macht eine Anpassung der AVO notwendig: In der Hauptsache sollen das VAG konkretisiert und die Stufengerechtigkeit vom Gesetz bis zu den FINMA-Rundschreiben sichergestellt werden.

Soll-Termin: 30.06.2023

Revidiertes Kollektivanlagengesetz (KAG) (Einführung Limited Qualified Investor Fund; L-QIF): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2023 das revidierte Kollektivanlagengesetz (KAG) in Kraft setzen und die entsprechende Revision der Kollektivanlagenverordnung (KKV) gutheissen. Mit der Anpassung des KAG und der KKV wird der Limited Qualified Investor Fund (L-QIF) eingeführt, eine neue Fondskategorie für qualifizierte Anleger, die keiner Bewilligung oder Genehmigung durch die FINMA bedarf.

Soll-Termin: 30.06.2023

Einführung eines Public Liquidity Backstops: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Vernehmlassung zur Einführung eines Public Liquidity Backstops eröffnen. Er hat am 11. März 2022 Eckwerte für eine gesetzlich verankerte staatliche Liquiditätssicherung («Public Liquidity Backstop») beschlossen. Damit soll eine in der Schweiz domizilierte systemrelevante Bank temporär und subsidiär mit Liquidität versorgt werden können, falls dies für eine erfolgreiche Sanierung erforderlich sein sollte. Es handelt sich dabei nicht um eine implizite Staatsgarantie. Die gewährte Liquidität muss vollständig zurückbezahlt werden. Die Unterstützung wird mit einem Abgeltungs- und Sanktionsmechanismus ausgestaltet. Die Massnahme bildet eine Ergänzung zu den vom Bundesrat im Jahr 2022 massgeblich verschärften Liquiditätsanforderungen für systemrelevante Banken, welche sicherstellen, dass eine systemrelevante Bank über genügend Liquidität für ein breites Spektrum von Krisenfällen verfügt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen» (in Erfüllung des Po. Andrey 21.3893): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht in Erfüllung des Postulats Andrey 21.3893 «Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen» gutheissen. Der Bundesrat nimmt eine Prüfung von Anpassungen der FINMA-Werkzeuge vor, um Anreize zu stärkerer individueller Verantwortungsübernahme der höchsten Kader der Finanzinstitute zu schaffen und um die individuellen Verantwortlichkeiten der Führungsorgane zuzuordnen.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Steuerfragen aufgrund von Home Office: Prüfung durch EFD; gegebenenfalls Antrag an Bundesrat zum weiteren Vorgehen

Allfällige steuerliche Massnahmen aufgrund von vermehrtem Home Office bei grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit werden geprüft.

Das EFD hat allfällige Anpassungen in internationalen Abkommen und im nationalen Recht geprüft und – falls Anpassungsbedarf besteht – dem Bundesrat Antrag zum weiteren Vorgehen gestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Ausbau und Pflege der internationalen Beziehungen: Teilnahme am G20 Finance Track 2024 gesichert

Angestrebt wird die Teilnahme am G20 Finance Track, die Führung von Finanzdialogen und der Ausbau des Beziehungsnetzes.

Brasilien lädt die Schweiz zu den Arbeiten am G20 Finance Track ein.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verbesserung Marktzugang mit ausgewählten Partnerstaaten: Verbesserung der Rahmenbedingungen für das grenzüberschreitende Geschäft mit einem Partnerstaat

Es geht um den Einsatz gegenüber ausgewählten Partnerstaaten für den Erhalt der Zugangsbedingungen und Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für das von Finanzinstituten grenzüberschreitend erbrachte Geschäft.

Das EFD wirkt darauf hin, dass mit einem Partnerstaat eine Einigung über die Verbesserung des Marktzuganges erzielt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

Arbeiten der OECD im Bereich CO₂-Bepreisung: Aktive Rolle des EFD im zuständigen Steuerungsgremium der OECD

In einem allfälligen OECD-Gremium zur Vergleichbarkeit von expliziten und impliziten Methoden der CO₂-Bepreisung nimmt das EFD aktiv teil (inkl. engem Einbezug der betroffenen Ämter). Das Gremium soll nationale Ansätze der CO₂-Bepreisung quantifizieren, transparent und vergleichbar machen. Zudem soll auch die Teilnahme von Nicht-OECD-Mitgliedstaaten ermöglicht werden.

Das EFD beteiligt sich aktiv an einem allfälligen Steuerungsgremium der OECD und bezieht die betroffenen Ämter eng in die Arbeiten ein.

Soll-Termin: 31.12.2023

Empfehlungen des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke: Prüfung durch EFD; gegebenenfalls Antrag an Bundesrat zum weiteren Vorgehen

Prüfung allfälliger Änderungen an den nationalen Rechtsgrundlagen zum Informationsaustausch auf Ersuchen aufgrund der Empfehlungen des Global Forum aus den Folgeberichten 2021 und 2022.

Das EFD hat allfällige Anpassungen im nationalen Recht geprüft und – falls Anpassungsbedarf besteht – dem Bundesrat Antrag zum weiteren Vorgehen gestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (ESTV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die Individualbesteuerung: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung verabschieden. Das Einkommen und das Vermögen jeder erwachsenen Person sollen einzeln besteuert werden. Die Höhe der Steuer bei einem Ehepaar bestimmt sich somit grundsätzlich nach dem Einkommen und dem Vermögen des Individuums und nicht nach dem Gesamteinkommen und -vermögen der Eheleute. Mit der Individualbesteuerung werden Erwerbsanreize gesetzt und die Chancengleichheit von Mann und Frau verbessert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Verordnung zur Ergänzungssteuer (OECD/G20-Projekt zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird bis im zweiten Halbjahr 2023 die Verordnung zur Ergänzungssteuer (OECD/G20-Projekt zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft) gutheissen. Die Regelungen zur OECD-Mindeststeuer für grosse internationale Unternehmen werden wegen des grossen Zeitdrucks in einer vorübergehenden Verordnung direkt gestützt auf die Übergangsbestimmung in der Verfassung erlassen. Im Anschluss erfolgt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bundesgesetz über den steuerlichen Abzug der Berufskosten von unselbständig Erwerbenden: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 Kenntnis nehmen vom Ergebnis der Vernehmlassung und das weitere Vorgehen festlegen betreffend die Neuregelung der Berufskosten von unselbständig Erwerbenden im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) und im Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG). Unselbständig erwerbende Personen sollen wählen können, ob sie eine Pauschale oder die tatsächlichen Berufskosten abziehen wollen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken» (in Erfüllung des Po. Derder 17.4292): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Kapital- und Vermögenssteuern stark wachsender KMU senken» in Erfüllung des Postulats Derder 17.4292 gutheissen. Gemäss dem Postulat sollen die ökonomischen und finanziellen Auswirkungen einer Verlagerung von der substanzzehrenden Vermögensbesteuerung hin zu einer verstärkten Ertragsbesteuerung dargelegt werden.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitalisierungsinitiative ESTV: Initiierung und Umsetzung der ersten Vorhaben

Die ESTV hat im Rahmen der Digitalisierungsinitiative eine initiale Vorhabensliste (Backlog) erstellt. Die oberste Priorität innerhalb der Vorhabensliste hat die Digitalisierung der Steuergeschäfte. Prioritäre Vorhaben sind u.a. die Umsetzung der DocBox, des Selfservices Stammdaten und des eSteuerkontos.

Soll-Termin: 31.12.2023

Umsetzung Teilrevision des MWSTG und der MWSTV: Prozesse der ESTV und die Systemlandschaft sind angepasst (UWM)

Die Umsetzung des Gesetzgebungsvorhabens «Weiterentwicklung der MWST» führt in der ESTV u.a. zu Anpassungen in den Bereichen IT-Applikationen, Formulare, MWST-Praxis und interne Prozesse sowie der Organisation.

Das Projekt beinhaltet die Umsetzung von Anpassungen bei den Prozessen, Weisungen, der MWST-Praxis sowie in der Applikationslandschaft der ESTV.

Soll-Termin: 31.12.2023

Internationale Amts- und Rechtshilfe: Umsetzung FATCA gemäss Vereinbarung mit dem IRS

Aufgaben im Zusammenhang mit der internationalen Amts- und Rechtshilfe.

FATCA ist gemäss der Vereinbarung mit dem Internal Revenue Service (Bundessteuerbehörde der USA) umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT (BAZG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SVAG): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das revidierte Schwerverkehrsabgabengesetz und die entsprechende Verordnung dazu in Kraft setzen. Die bestehende LSVA-Infrastruktur zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz muss altersbedingt per Ende 2024 ersetzt werden. Mit LSVA III wird gleichzeitig eine technische Weiterentwicklung auf ein interoperables Erhebungssystem erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Verordnungsrechts zum revidierten Zollgesetz zur Kenntnis nehmen. Mit der Totalrevision des Zollrechts wird der rechtliche Rahmen für die laufende digitale Transformation (Programm DaziT) gelegt und gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität geschaffen, damit das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

Einführung des neuen Warenverkehrssystems Passar: Go-Live und Start der Transitionsphase von Passar 1.0

Das neue Warenverkehrssystem Passar ist eines der Herzstücke des Programms DaziT. Damit werden unter anderem die bisherigen Systeme e-dec und NCTS abgelöst, die bereits heute ihr Lebensende erreicht haben. Der Warenverkehrsprozess wird dabei vereinfacht und standardisiert für alle Verfahren und Verkehrsarten. Passar bildet die Grundlage für einen Grenzübertritt ohne Halt und eine deutliche Effizienzsteigerung für die Wirtschaft.

Passar 1.0 ist im produktiven Betrieb und die Verkehrsrichtungen «Ausfuhr» und «Durchfuhr» sind umgesetzt. Im Rahmen dieser Einführung wird die Umstellung von Phase 4 auf 5 im internationalen Transit vollzogen. Für die Umstellung der Gegenüber auf das neue System läuft in der Transitionsphase ein Parallelbetrieb.

Soll-Termin: 30.06.2023

Einführung des neuen Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystems: Start der Entwicklung im neuen «Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystem» für den Teil Rapportierung

Die Mitarbeitenden des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit führen künftig sogenannte 360-Grad-Kontrollen in den Bereichen Personen, Waren und Transportmittel durch. Im Rahmen des Programms DaziT wird dafür ein neues, einheitliches Rapportierungs- und Fallbearbeitungssystem geschaffen. Dieses löst die bestehenden Lösungen ab, welche nach Themenbereich getrennt sind.

Nach der WTO-Ausschreibung, dem erfolgreichen Zuschlag und einer abgeschlossenen Konzeptphase wird die Entwicklungs- und Integrationsarbeit gestartet.

Soll-Termin: 30.06.2023

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION (BIT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm SUPERB: Umstellung Supportprozesse auf S/4 (neue Software)

Harmonisierung, Standardisierung und Digitalisierung von Supportprozessen in der Bundesverwaltung im Rahmen des Generationswechsels der SAP Systeme (S/4HANA).

Die Umstellung der Supportprozesse auf die neue Software (S/4) wurde durchgeführt. Weitere Nutzenpotentiale in den Bereichen Finanzen (zentraler Kontenplan) und Stammdaten (Harmonisierung Geschäftspartner) sind realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2023

Aufbau und Etablierung Intermediär / Cloud Service Broker: BIT ist als CSB/BV etabliert, Abrufe erfolgen über WTO-20007

Zur Unterstützung der Digitalen Transformation und insbesondere der Strategischen Initiative 4 Hybrid Multi-Cloud des Bundesrates baut das BIT die Kompetenz als Intermediär bzw. Cloud Service Broker auf, um die Bundesverwaltung kompetent und effizient zu unterstützen.

Die Rolle des BIT ist als Intermediär / Cloud Service Broker (CSB) der Bundesverwaltung etabliert. Das CSB Team begleitet seine Kunden bei Hybrid Cloud Vorhaben durch Beratung, Lösungsmuster sowie durch die Bereitstellung von integrierten und gemanagten Landing Zones auf verschiedenen Hyperscaler Plattformen. Hierfür werden Abrufe aus der WTO-20007 Public Cloud genutzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Rechenzentrum-Campus BIT: Aufbau von 50 Fachanwendungen im Rechenzentrum-CAMPUS

Im Rahmen des Vorhabens «Migration RZ-Campus 2020» erfolgt der Aufbau des Rechenzentrum CAMPUS. In einem sogenannten «Ramp-Up» Verfahren erfolgt die schrittweise Migration bzw. Integration der Fachanwendungen in die neue RZ 2020 Architektur (RZ PRIMUS und RZ CAMPUS).

Umzug der Fachanwendungen aus dem Rechenzentrum Monbijoustrasse 74 in die Rechenzentren PRIMUS und CAMPUS. Die durch das BIT definierten Anwendungen (insbesondere diejenigen mit VK3-Anforderungen) laufen im RZ-CAMPUS und im RZ-PRIMUS (Failover) gemäss Service Level Agreement.

Soll-Termin: 31.12.2023

Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS: Entflechtung BURAUT/UCC - Gruppe Verteidigung

Im Rahmen der Entflechtung der IKT-Basisleistung übernimmt das BIT die Leistungen für die Büroautomation von der FUB.

Im Rahmen des Entflechtungsprojektes BURAUT/UCC der Gruppe Verteidigung sind 5000 Arbeitsplätze migriert und werden durch das BIT betrieben.

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE (EFK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Jahresplanung 2023 (Veröffentlichung im Januar 2023): Umsetzung

Umsetzung der Jahresplanung 2023

-

Soll-Termin: 31.12.2023

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT (EPA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Optimierungen am Lohnsystem der Bundesverwaltung (in Umsetzung des Po. FK-N 19.3974): Beschluss

Der Bundesrat schlägt in seinem Bericht vom 6. April 2022 in Erfüllung des Postulats FK-N 19.3974 «Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung» in einigen Bereichen Optimierungen am aktuellen Lohnsystem der Bundesverwaltung vor. Gestützt auf die konkretisierten Optimierungsvorschläge wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2023 über die Optimierungsmassnahmen für das Lohnsystem der Bundesverwaltung entscheiden und das Bundespersonalrecht entsprechend anpassen.

Soll-Termin: 31.12.2023

Personalstrategie Bundesverwaltung 2024–2027: Beschluss

Ende 2023 läuft die aktuelle Personalstrategie Bundesverwaltung des Bundesrates 2020–2023 aus. Im zweiten Halbjahr 2023 wird der Bundesrat im Hinblick auf die neue Legislatur die Personalstrategie Bundesverwaltung 2024–2027 beschliessen. Mit dieser begegnet er den Herausforderungen, die sich für die Arbeitgeberin Bundesverwaltung aus der demografischen Entwicklung und den Veränderungen der Arbeitswelt ergeben. Zentrale Themen sind dabei u.a. die Personalplanung, das Kompetenzmanagement, die Aus- und Weiterbildung, Flexibilität bei Einsatz und Anstellung, Kulturwandel, Bindung oder Einsatz von neuen Technologien.

Soll-Termin: 31.12.2023

Revision des Bundespersonalgesetzes (BPG) (Berufliche Vorsorge): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 die Botschaft zu einer Revision des Bundespersonalgesetzes (BPG) verabschieden. Im Artikel 32c Absätze 3 und 4 des Bundespersonalgesetzes soll klargestellt werden, dass Artikel 50 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) den in diesen Absätzen vorgesehenen Genehmigungsvorbehalt nicht ausschliesst (bei Abschluss und bei Änderungen der Anschlussverträge der dezentralen Arbeitgeber).

Soll-Termin: 31.12.2023

Bericht «Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen (agile Organisationsformen) in der Bundesverwaltung» (in Erfüllung des Po. Marti Min Li 21.4162): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2023 den Bericht «Einführung selbstorganisierter Arbeitsformen (agile Organisationsformen) in der Bundesverwaltung» in Erfüllung des Postulats Marti Min Li 21.4162 gutheissen. Bereits heute werden in der Bundesverwaltung agile Organisationsformen punktuell angewendet. Der Bericht soll aufzeigen, inwiefern selbstorganisierte Arbeitsformen in der Bundesverwaltung auch breiter zum Einsatz kommen könnten.

Soll-Termin: 31.12.2023

PROJEKTE UND VORHABEN

SUPERB im HR-Bereich der Bundesverwaltung: Einführung von HR-Anwendungen (z.B. Lernmanagement, Spesen, Zeitwirtschaft)

Das EPA soll in der HR-Informatik (HR-IT) Anwendungen einführen, die digitalisierte und bundesweit harmonisierte Prozesse unterstützen.

Im Rahmen des Teams Personal (HR-IT) im Bundesprogramm SUPERB werden HR-IT-Anwendungen eingeführt. Damit werden harmonisierte und digitalisierte Anwendungen für die Mitarbeitenden, Führungskräfte und die Personalbereiche zur Verfügung gestellt. Erste Anwendungen (gemäss Roadmap SUPERB) sind bis Ende 2023 im Einsatz.

Soll-Termin: 31.12.2023

Personalstrategie Bundesverwaltung 2020-2023: Zurverfügungstellen von Konzept und Angeboten für das HR

Die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen zur Personalstrategie Bundesverwaltung 2020-2023 sollen weiter umgesetzt werden.

Das HR-Rollenmodell ist auf die Anforderungen der Digitalisierung ausgerichtet und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet.

Soll-Termin: 31.12.2023

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK (BBL)

PROJEKTE UND VORHABEN

Unterbringungskonzept 2024: Fertigstellung Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen

Der Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen ist fertiggestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Nachhaltiges Bauen: Umsetzung des Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS beim Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen mit Zertifizierung (mind. Gold-Zertifikat)

Zur Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrates werden Gebäude erstellt, die über ihren gesamten Lebenszyklus hohen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen genügen. Bei Projekten in der Schweiz wird der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS standardmässig als Planungsgrundlage verwendet.

Beim Verwaltungsneubau 3. Etappe in Zollikofen wird der Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz mit Zertifizierung, mindestens Gold-Zertifikat, umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Immobilienkonzept Sport: Fertigstellung Ersatzneubau Leistungsdiagnostik und Regeneration in Magglingen

Das Immobilienkonzept Sport zeigt auf, welche Investitionen in Sportanlagen und Betriebsgebäude des Bundes erforderlich sind, um die Rahmenbedingungen für die Förderung des Breiten- und Leistungssports zu verbessern.

Der Ersatzneubau Leistungsdiagnostik und Regeneration in Magglingen ist fertiggestellt.

Soll-Termin: 31.12.2023

Einführung neue Identitätskarte: Realisierung der Personalisierung der neuen Identitätskarte im 2. Quartal 2023

Ende 2017 hat der Bundesrat beschlossen, die Personalisierung der neuen Identitätskarte bundesintern vorzunehmen. Somit werden Namen, Geburtsdatum und weitere Angaben, die sich auf der Identitätskarte befinden, vom Bund personalisiert.

Die neue Generation der Identitätskarte wird bis am 30.06.2023 eingeführt sein und durch das BBL personalisiert.

Soll-Termin: 30.06.2023
